

Die ÖH-Bundesvertretung möge folgende Resolution beschließen:

Hochschulpolitik ernst nehmen

Mit der neuen, alten großen Koalition aus SPÖ und ÖVP wird der Stillstand in der Bildungs- und Hochschulpolitik der letzten fünf Jahre übertrumpft. Die Bildungswüste, die durch die Minister_innen Gehrler, Hahn, Karl und Töchterle produziert wurde, wird in den nächsten Jahren noch trockener. Mit der Entscheidung, die Hochschulagenden an das Wirtschaftsministerium zu übertragen, hat die Regierung gezeigt, wo ihre Prioritäten liegen.

Die Hochschulen sind chronisch unterfinanziert, die Studienbedingungen werden von Jahr zu Jahr schlechter, Anstellungsverhältnisse von Jungwissenschaftler_innen werden immer prekärer - der Hochschul- und Bildungssektor schreit nach grundlegenden Reformen. Anstatt einem Bekenntnis der Regierung, die Probleme des Hochschul- und Bildungssektors ganzheitlich und vollständig zu analysieren und zu lösen, wird die Bildungspolitik zum Wirtschaftsressort verräumt. Bildungsökonomisierung bekommt eine ganz neue Dimension.

An den Hochschul- und Bildungssektor werden sehr viele Erwartungen gestellt. Einerseits wird verlangt, Studierende durch hochwertige und qualitative wissenschaftliche Forschung auf ihrem Erkenntnisweg zu begleiten. Andererseits wird auch gefordert, dass Hochschulen gesellschaftlichen Fortschritt durch wissenschaftliche Erkenntnis und Ermächtigung von Individuen vorantreiben. Diesen Anforderungen an Hochschulen kann aber nicht Folge geleistet werden, wenn Hochschulpolitik zum Anhängsel der Wirtschaftsagenden wird.

Die Bundesvertretung der ÖH fordert die Regierung dazu auf, die Anforderungen und Probleme der Hochschulen endlich ernst zu nehmen. Es kann nicht sein, dass Hochschulpolitik ins Hintertreffen gerät. Es braucht ein allgemeines und umfassendes Bekenntnis zur Ausfinanzierung der Hochschulen, bessere Betreuungsverhältnisse, sowie eine Verbesserung der Studienbedingungen. Außerdem muss die oft versprochene Reform des Beihilfensystems umgesetzt werden. Von alledem findet sich nichts im aktuellen Regierungsprogramm wieder.

Die ÖH-Bundesvertretung wird sich mit allen Mitteln dafür einsetzen,

- dass die Bedeutung von Hochschulen und Hochschulpolitik nicht in Vergessenheit gerät,
- dass Hochschulagenden nicht als das Anhängsel der Wirtschaft gelten,
- sowie dass Wissenschaft unabhängig von wirtschaftlichen Interessen betrachtet wird.